

Gegen den Strom



Gegen den Strom – was bewegt israelische Aktivistinnen anno 2018?

Yossi Bartal

Frauen verändern die Welt – auch in Israel! In den folgenden Interviews teilen fünf israelische Aktivistinnen ihre Erfahrungen mit Rassismus und Sexismus, berichten über ihre politische Arbeit und erzählen von der ambivalenten Beziehung zum Staat und von ihren Hoffnungen für die Zukunft.

Sahar Vardi

Aktivistin gegen die Besetzung



„Es ist überwältigend in Jerusalem zu leben“

Die gebürtige Jerusalemerin und Kriegsdienstverweigerin Sahar Vardi engagiert sich seit ihrer Jugend in Initiativen gegen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung. Gemeinsam mit den Bewohner*innen Ost-Jerusalems kämpft sie für eine gerechte Stadt von unten.

Die meisten linken Aktivist*innen, die in Jerusalem aufwuchsen, zogen mit der Zeit nach Tel Aviv oder ins Ausland. Warum hast du dich ausgerechnet dazu entschieden, in der Stadt zu bleiben?

Für mich ist die Entscheidung, in Jerusalem zu leben, eine persönliche Entscheidung. Das ist der Ort, an dem ich aufgewachsen bin und wo ich mich zu Hause fühle. Es ist nicht leicht, es ist sogar überwältigend in Jerusalem zu leben. Dort gibt es so viele Dinge, zum Beispiel die Besetzung – sie ist hier wirklich präsent und spürbar. Dies bedeutet aber auch, dass es viel mehr Interaktion zwischen Palästinenser*innen und Israelis als anderswo gibt. Die Besetzung schafft auch einen fließenden Übergang zwischen den zwei Welten von Ost und West, zwei völlig unterschiedlichen Welten innerhalb derselben Stadt. Aber wenn ich

heute die Situation in West-Jerusalem betrachte, ist es auch beängstigend, dort eine Linke zu sein. Deshalb versuchen wir Freiräume zu schaffen und haben kürzlich ein Aktivistenzentrum eingerichtet. Hierfür haben wir natürlich als Erstes eine Brandschutzversicherung erworben: Die Annahme, dass jemand einen Molotow-Cocktail auf das Zentrum werfen könnte, ist nicht unrealistisch. Aber in West-Jerusalem lebe ich tatsächlich in meiner Community, in der ich die auf Angst basierende Mauer des Rassismus durchbrechen will.

Wie hast du begonnen politisch aktiv zu sein?

Ich glaube, als ich zwölf Jahre alt war, in der Zeit der Zweiten Intifada. Auf der einen Seite explodierten Busse in den Straßen, auf der anderen Seite hörte ich von der Besetzung und wollte mehr darüber

erfahren. Mein Vater war damals in einer jüdisch-arabischen Organisation aktiv und so kam ich dazu, Olivenbäume in palästinensischen Gemeinden zu pflanzen, die vom Bau der Mauer betroffen waren. Seitdem fing alles an. Als ich das Alter erreichte, vom Militär rekrutiert zu werden, war mir schon klar, dass ich mich weigern würde, an diesem System teilzunehmen und dafür saß ich auch mehrere Monate im Militärgefängnis.

Gerade als du freigelassen wurdest, fing die große Kampagne gegen Vertreibungen im Ost-Jerusalem Bezirk Scheich Dscharrah an.

Genau, dort lebten Familien, die zum zweiten Mal ihre Häuser verloren haben. Als Flüchtlinge im Krieg von 1948 erhielten sie damals Häuser von den jordanischen Behörden. In den 2000er Jahren wurden

sie jedoch von Siedler*innen wieder evakuiert. Es gab damals eine riesige Kampagne mit Tausenden Teilnehmer*innen aus der israelischen Friedensbewegung. Sie war ein beispielloser Erfolg. Acht Jahre lang gab es keine Evakuierungen von Familien in diesem Bezirk. Von dort aus setzte ich den Aktivismus mit anderen palästinensischen Gemeinden in Ost-Jerusalem fort. Es ging um die Evakuierung von Familien, das Blockieren der Zugangswege in ein Wohngebiet zu verhindern oder ob ein Schulkomitee um Unterstützung bat, damit die Grenzpolizei das Schulgebäude nicht mehr betritt.

In welchen Bereichen bist du sonst aktiv?

In den letzten Jahren beschäftigte ich mich mit der Frage der Militarisierung der israelischen Gesellschaft. Einerseits unterstützte ich Jugendliche im Rekrutierungsalter, die sich entschieden haben, keinen Militärdienst zu leisten. Andererseits geht es in meiner Arbeit hauptsächlich um die israelische Rüstungsindustrie – Israel ist nämlich heute der sechstgrößte Waffenexporteur der Welt. Darauf sollte man wirklich nicht stolz sein.

Und was hat dies mit der Besatzung zu tun?

Aus meiner Perspektive halten sich der Militarismus und die Besatzung gegenseitig am Leben. Zum Beispiel ist Israel dank der Besatzung in der Lage Waffen, die im Konflikt erprobt wurden, als solche mit diesem speziellen Mehrwert zu exportieren. An diesem Beispiel sehen wir natürlich das klare wirtschaftliche Interesse an der Fortsetzung der Besatzung.

Ist es nicht frustrierend, gegen dieses allmächtige System vorzugehen?

Meiner Meinung nach muss jeder aktive Mensch zu einem bestimmten Maß Optimist sein. Teil unserer Aktivitäten ist, den Glauben zu stärken, dass das, was wir tun, etwas verändern kann. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Besatzung enden wird. Keine Besatzung auf der Welt hielt langfristig und eines Tages wird Israel verstehen müssen, dass

es auch das eigene Interesse ist, die Besatzung zu beenden. In der Zwischenzeit denke ich, dass ein großer Teil unserer Arbeit daraus besteht, sicherzustellen, dass die palästinensische Gesellschaft noch lebensfähig bleibt, bis die Besatzung einmal zu Ende geht. Wenn wir ein einziges Haus vor Zerstörung retten oder sicherstellen, dass eine Schule nicht täglich vom Militär angegriffen wird, bringt es nicht unbedingt das Ende der Besatzung näher, es ermöglicht jedoch der palästinensischen Gemeinschaft zu überleben und die Kraft zu haben gegen die Besatzung zu kämpfen.

Und wie möchtest du den Staat Israel in zehn Jahren sehen?

Ich würde eher fragen, wie ich die israelische Gesellschaft in zehn Jahren aussehen lassen möchte. Es ist mir egal, welche Staaten hier sind und wie sie heißen. Mir ist es wichtig, wie die Gesellschaft hier aussieht. Was ich gerne sehen würde, ist eine Gesellschaft, in der alle gleich sind, wenn schon nicht auf der sozialen Ebene, dann zumindest auf der juristischen.

Aber wie siehst du die israelische Gesellschaft realistischerweise in zehn Jahren?

Leider gehe ich davon aus, dass wir in zehn Jahren eine noch gewalttätigere und noch rassistischere Gesellschaft sein werden. Ich schätze, dass ein großer Wendepunkt erst in zwanzig oder dreißig Jahren kommt.

Wie fühlst du dich angesichts der Feierlichkeiten zum 70. israelischen Unabhängigkeitstag?

Meine Verbindung zu dem Ort, an dem ich lebe, kreist nicht um den Staat, die nationalen Symbole, den Unabhängigkeitstag oder die Regierung. Zu all diesen Dingen habe ich eher eine negative Einstellung. Für mich ist die israelische Gesellschaft etwas anderes und in der möchte ich auch Veränderungen sehen und selbst bewirken. Als Tierrechtsaktivistin zum Beispiel bin ich froh, in letzter Zeit eine Welle von Menschen zu beobachten, die vegan werden. Dies ist eine Art Revolution! Es gibt auch viele andere Aspekte,

auf die man wirklich stolz sein kann und über die man sagen kann, ich freue mich Teil dieser Gesellschaft zu sein. Hierauf konzentriert sich für mich die Bedeutung eine Aktivistin zu sein – meinen Blick auf die Menschen zu richten, nicht auf die repressiven Institutionen, die zu bekämpfen sind.

Sonya Soloviov

Aktivistin in der
russischsprachigen
Community



„Wenn es euch hier nicht passt, dann geht doch zurück nach Russland“

In Kiew geboren und in Israel aufgewachsen, setzt sich Sonya Soloviov für eine feministische Erneuerung der russischsprachigen Community Israels ein.

Wo bist du geboren und aufgewachsen?

Dies sind zwei verschiedene Dinge. Ich wurde in Kiew geboren, als es noch Teil der Sowjetunion war und erlebte als Kind die Jahre der Perestroika. Im Jahr 1991 kamen wir in Israel an, genau an dem Tag, als die Sowjetunion zerfiel. Es ist sehr symbolisch für mich – auf einmal hatten wir keine Möglichkeit zurückzukehren, weil es das Land, aus dem wir ausgewandert waren, nicht mehr gab. Das Wort Alija verwende ich absichtlich nicht (Anm. d. Übers.: Alija ist ein biblischer Begriff, der noch heute die Rückkehr eines oder mehrerer Juden nach Israel bedeutet.) um unsere Übersiedlung zu beschreiben, wir kamen aus familiären Gründen hierher, nicht wegen einer politischen Überzeugung.

Dennoch hat man bestimmt zu Hause über Politik gesprochen?

Ich bin ohne Ideologien aufgewachsen. Ich kann mich eher an das wirtschaftliche Kämpfen und Überleben erinnern, sowohl in der Sowjetunion als auch in Israel. Eigentlich sind meine Eltern nicht erfreut, dass ich eine politische Meinung öffentlich vertrete – so etwas ist in ihren Augen verpönt, fast verboten! Meine Familie ist sehr unpolitisch. Trotzdem habe ich schon früh begonnen mich für Politik zu interessieren. Ich erinnere mich daran, einen Enzyklopädie-Bertrag über Martin Luther King gelesen zu haben. Ab diesem Moment interessierte ich mich wahnsinnig für das Thema der Gewaltlosigkeit.

Und wann wurdest du zur Aktivistin?

Das kann ich nicht an einem bestimmten Zeitpunkt festmachen. Um dich selbst eine Aktivistin zu nennen, brauchst du Zugang zu einem

aktivistischen Framework. Leute aus der Mittelklasse haben viel mehr Zugang dazu, als Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Aber wenn ich Diskussionen über den Rekrutierungszwang mit meinen Klassenkameraden führte oder mit 14 meinen Freundinnen erklärte, dass Kinder und Heirat nicht die einzige Zukunftsperspektive seien, könnte man das auch als Aktivismus bezeichnen. Manche Menschen haben etwas Aktivistisches in sich, das ihnen Stummheit angesichts einer Ungerechtigkeit unmöglich macht. Möglicherweise können sie ihre daraus resultierenden Handlungen nicht konzeptuell formulieren, aber wenn sie älter werden und sich später einer Aktivistengruppe anschließen, fällt ihnen plötzlich auf: Verdammst, das habe ich doch schon mein ganzes Leben gemacht.

Auch ohne Kontakt zu Aktivist*innen hast du entschieden nicht ins Militär zu gehen

Seit ich 14 bin, definiere ich mich als Pazifistin. Ich weiß, von außen sehe ich ganz hart aus, aber ich kann nicht einmal eine Faust machen. Aus dem Militär wurde ich jedoch aufgrund medizinischer und nicht wegen pazifistischer Gründe entlassen. Ich wusste auch nicht, dass eine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen (für Frauen) möglich gewesen wäre. In der Zeit hatte ich auch in der Schule soziale Schwierigkeiten, weil ich gegen meinen Willen geoutet wurde. Aber das Outing half mir mich vom Militärdienst befreien zu lassen. Der Militärpsychiater stellte mich aus medizinischen Gründen frei und behauptete ich wäre suizidgefährdet.

Was waren deine Erfahrungen als russischsprachige Person in der Politik?

Von Anfang an, zuerst bei den LGBT-Gruppen und später auch bei den Kämpfen gegen die Besatzung, herrschte immer diese grundlegende Ahnungslosigkeit bezüglich meiner Herkunft oder was es bedeutet, aus einer migrantischen Familie zu kommen, die sich wahrscheinlich viel mehr Sorgen machen würde. Was wäre passiert, wenn ich festgenommen worden wäre – sie würden weder einen Anwalt bezahlen noch meinem nicht russischsprachigen Arbeitgeber die Lage erklären können. Die psychologische Struktur von Migrant*innen ist davon geprägt, Angst zu haben etwas zu tun oder zu sagen. Vom ersten Moment an bekamen wir in Israel gesagt, wenn es euch hier nicht passt, dann geht doch zurück nach Russland (natürlich ohne zu wissen, dass gar nicht alle von uns aus Russland kamen, sondern aus 16 verschiedenen Republiken).

Hast du selbst innerhalb der Linken Diskriminierung erfahren?

Ja, im Hinblick darauf, wie wir als die Russischsprachigen in der israelischen Gesellschaft grundsätzlich als untrennbare Einheit stigmatisiert sind, auch innerhalb der linken Szene. Viele Male habe ich gehört,

„ernsthaft, du bist Russin und links?“ Wie kommt es dazu? Es gibt diese rassistische Generalisierung, dass alle Russen rechts sind, ohne zu erkennen, dass diese Hunderttausenden russischsprachigen Menschen gar kein homogener Block sind. Es gibt Ultra-Orthodoxe, Nationalreligiöse und Säkulare, Linke und Rechte, Aschkenasim und Nicht-Aschkenasim. Wenn ich auf Demos von Aktivist*innen zu hören bekomme, dass sie kaum linke Russen wahrnehmen, hat das in erster Linie mit dem sozio-ökonomischen Status der Einwanderer*innen zu tun, die kaum Zugang zu etablierten politischen Gruppen haben. Darüber hinaus haben sie kaum Zeit für Aktivismus, da sie viel härter arbeiten müssen und oft mehr als einen Job haben, weil sie sich finanziell auf niemanden verlassen können.

Womit beschäftigst du dich heutzutage aktivistisch?

In den letzten Jahren fing ich an, mich mit meiner Identität auseinanderzusetzen, mit der Frage wer ich innerhalb der israelischen Gesellschaft bin. Ich fing an zu erkennen, dass mein Vater Christ ist, dass ich Russisch spreche und das ich mich deshalb nicht zu schämen brauche. In den letzten drei Jahren erleben wir eine besondere Aufbruchsstimmung unter den Russischsprachigen, die davon frustriert sind, seit über 25 Jahren hier zu leben, und immer noch als Newcomer wahrgenommen zu werden. Meine Aktivitäten in der Feministischen Liga der Russischsprachigen sind daher zweideutig – an erster Stelle sprechen wir innerhalb der Community über Feminismus, heute auf Russisch fast ein schmutziges Wort, außerdem zeigen wir auch der israelischen Öffentlichkeit, dass wir eine heterogene und aktivistische Community sind, die sie nicht einfach mit Klischees abtun können.

Was wünschst du dem Staat Israel zu seiner 70-jährigen Unabhängigkeit?

Das Beste, was ich diesem Staat wünschen kann, ist, dass er aufhört rassistisch zu sein. Der Rassismus in Israel ist nicht nur der Rassismus

von Juden und Jüdinnen gegen Palästinenser*innen, es gibt auch einen inneren Rassismus in der israelischen Gesellschaft: Zwischen Aschkenasim und Mizrachim, gegenüber den äthiopischen Juden oder den Menschen aus der früheren Sowjetunion. Die Situation hier ist sehr vielschichtig und natürlich spielen auch Homophobie, Sexismus und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern eine Rolle.

Wie feierst du eigentlich den Unabhängigkeitstag?

Ich war nie wirklich begeistert von diesem Tag. Ich habe kein starkes Bedürfnis zu feiern. Wenn ich die Aussagen in den ersten zionistischen Kongressen betrachte, nehme ich eine große Diskrepanz wahr, zwischen dem, was die Idee eines jüdischen Staates sein sollte und dem, was wir heute erleben. Aber auch persönlich bin ich unsicher, was ich von einem Staat halten soll, der meine Familie diskriminiert und in dem ich immer noch, nach 27 Jahren, als Russin und Newcomerin wahrgenommen werde. Diesbezüglich habe ich viele innere Konflikte. Trotzdem habe ich nur einen israelischen Pass und keine andere Staatsbürgerschaft.

Tigist Mahari

Aktivistin gegen Rassismus



„Jeder Polizist weiß, dass er mit uns alles machen kann“

Als Kind zog Tigist Mahari mit ihrer Familie aus Äthiopien nach Israel und beteiligt sich heute an Demonstrationen gegen Polizeigewalt und Diskriminierung. Ihr wichtigstes Ziel ist es, die verschiedenen benachteiligten Gruppen in der israelischen Gesellschaft zu vernetzen.

Wo wurdest du geboren?

Ich wurde 1986 in Gonder, Äthiopien, geboren und kam mit meiner Familie Anfang der 1990er Jahre nach Israel. Meine Eltern haben immer davon geträumt, in Israel zu leben. Mein Großvater ist ein Kess – ein äthiopischer Rabbiner – und meine Eltern sind sehr zionistisch. Zuerst waren wir zwei Jahre in einem Aufnahmezentrum in Safed und zogen dann nach Aschkelon, beide in der israelischen Peripherie, wo meine Familie bis heute lebt.

Wann hast du zuerst Rassismus in Israel zu spüren bekommen?

In der Schule fühlte ich mich nicht diskriminiert – ich war sehr beliebt bei den anderen Schülerinnen. Aber es gab dennoch unterschwellige Botschaften – wegen meines Namens Tigist, der in Amharisch Geduld bedeutet. Die Lehrer*innen waren unfähig ihn auszusprechen und

die anderen Kinder haben ihn immer abgekürzt. Das hat mich bedrückt, aber ich behielt meinen Namen trotzdem bei. Und doch hatte ich oftmals das Gefühl, meine Farbe sei nicht ganz in Ordnung, mein Haar sei nicht ganz in Ordnung und dass ich anscheinend nicht das klügste Mädchen in der Schule wäre. Erst als ich mein freiwilliges Jahr in Lod begann, wo die meisten anderen Freiwilligen in unserer WG Aschkenasim waren, wurde ich mir der Probleme bewusst. Ich war schockiert, dass diese Menschen im gleichen Land wie wir aufgewachsen waren – sie sprachen anders als wir, hatten ein viel höheres Wissen und erzählten von ihren Schulen, in denen viel mehr geboten wurde, als in unserer. Als ich mir dieses Unterschieds bewusst wurde, erhärtete sich bei mir der Verdacht, dass das Problem nicht bei mir liegt, sondern beim System.

Wie würdest du den Rassismus gegen Äthiopier*innen in Israel definieren?

Ich unterscheide zwischen unbeabsichtigtem und beabsichtigtem Rassismus. Im Bildungssystem zum Beispiel werden bis heute äthiopische Kinder innerhalb der Schulen getrennt unterrichtet, um sie in besonderen Programmen stärker zu fördern. Es gibt vielerlei Projekte, die von reichen amerikanischen Juden finanziert werden, die äthiopischen Kindern helfen wollen. Das ist aber nicht nur sinnvoll, weil die Kinder separiert werden, anstatt sie zu integrieren. Auch die Beziehung zwischen der Polizei und der äthiopischen Gemeinschaft leidet unter der verstärkten Polizeipräsenz in äthiopischen Wohngebieten. Die Chancen, dass äthiopische Jugendliche wegen geringfügiger Vergehen ein Bußgeld bekommen, oder darüber

hinaus noch eine Ohrfeige, sind wesentlich höher. In einer Studie, an der ich mitgearbeitet habe, berichteten äthiopische Jugendlichen über ihre Probleme mit der Polizei – letztendlich war ihre Erklärung die, dass sie keine Rückendeckung haben. Jeder Polizist weiß, dass er mit uns alles machen kann und dass sich niemand beschweren wird. Die Eltern können kein Hebräisch, es gibt keine äthiopischen Anwälte oder Funktionäre, also tut die Polizei, was sie will.

Dies führte jedoch zu Protesten?

Im Jahr 2015 wurde eine zufällige Video-Aufnahme veröffentlicht, die zeigte, wie Polizisten einen äthiopischen Soldaten, der sogar uniformiert war, grundlos und brutal geschlagen haben. Dies war der Auslöser für mehrere Proteste. Massenhaft gingen äthiopische Jugendliche spontan auf die Straße, nachdem sie die Bilder gesehen hatten. Ich lebe seit vielen Jahren in Tel Aviv, gehe regelmäßig zu Demonstrationen für Frieden und gegen die Besatzung und noch nie habe ich so viel Polizei gesehen wie bei unserer Demonstration am Rabin-Platz. Die Polizisten waren vorbereitet, wie zu Demonstrationen in palästinensischen Dörfern in den besetzten Gebieten – sie hatten Wasserwerfer mit Stinkwasser und Tränengas. Ihre Botschaft war von Anfang an: Die Äthiopier sind gewalttätig. Und es kam auch zu Gewalt. Ich musste selber auch vor dem Tränengas und den prügelnden Reiterstaffeln flüchten. Danach meinten viele Israelis: Ihr habt ja Recht wütend zu sein, aber warum seid ihr gewalttätig? Als ich jedoch diese jungen Menschen sah, fragte ich mich, was ich tun würde, wenn ich an ihrer Stelle gewesen wäre. Sie erleben seit so vielen Jahren Demütigungen, Mobbing und Verachtung, ihr Leben wird zerstört, weil ein Polizist willkürlich entschieden hat, sie festzunehmen und in das Kriminalregister einzutragen. Wie kommt man überhaupt dazu sich die Frage zu stellen, warum sie sich mit Gewalt wehren? Welche anderen Mittel haben sie zur Verfügung? Ihnen fehlen die Sprache und die Unterstützung einer

Gemeinschaft oder der eigenen Familie. Der einzige Ausweg, der ihnen bleibt, um gegen die Gewalt vorzugehen, der sie ausgesetzt sind, ist Gegengewalt. Leider wurden wir in den Medien noch am selben Tag als Tiere dargestellt, wir wurden als von Natur aus gewalttätige Menschen präsentiert. Man müsse uns festhalten und unterdrücken, sonst würden wir explodieren.

Steht das nicht im Widerspruch zum Stereotyp, äthiopische Juden seien sehr gehorsam und „nett“?

Auf der einen Seite behandeln sie uns, als seien wir gewalttätig und gefährlich, andererseits werden wir oft als Menschen definiert, die extrem ruhig, nett, höflich und respektvoll sind. Die Jungen haben die Nase voll davon, zu schweigen und nett zu sein, sie wollen frech sein, genauso wie Israelis. Aber diese Chuzpe, sobald sie zum Vorschein kommt, wird in unserem Fall als gewalttätig angesehen. Wenn ich einem Polizisten sage: Ich kenne meine Rechte, Sie müssen mir Ihren Ausweis zeigen, wird er mir erwidern, ich sei frech und wie ich es wagen könne das Maul aufzumachen. Die jungen Äthiopier*innen wissen nicht mehr was vorzuziehen ist, zu schweigen und gedemütigt zu werden oder erhobenen Hauptes dazustehen und dafür geschlagen zu werden.

Erlebst du diesen Rassismus als Frau anders als Männer?

Ich denke, schwarze Frauen haben es leichter als schwarze Männer, die stets als bedrohlich wahrgenommen werden. Das Risiko festgenommen zu werden, oder in einen Club nicht reingelassen zu werden, ist für uns Frauen weniger hoch. Auf der anderen Seite erleben schwarze Frauen in mehrerer Hinsicht eine doppelte Unterdrückung. In Äthiopien hat die Frau eher zu Hause gearbeitet, gekocht, geputzt und Kinder aufgezogen. Als sie nach Israel kamen hat sich das geändert. Israel ist in dieser Hinsicht ja etwas egalitärer und es ist auch bekannt, dass Frauen sich bei Migrationsprozessen schneller anpassen. Daher haben

viele Frauen begonnen draußen zu arbeiten und Hebräisch zu lernen, während die Männer oft zu Hause geblieben sind. Und so erleben wir Unterdrückung in beide Richtungen. Viele Israelis glauben, es sei etwas Exotisches eine Äthiopierin zu daten, weil wir als hypersexualisiert stereotypisiert werden. Eine Äthiopierin ist sexy, kann gut tanzen usw. Äthiopische Männer wiederum betrachten uns als Schlampen, falls wir uns zu frei bewegen oder uns wie Israelis kleiden. Es gibt viel Kritik an äthiopischen Frauen, die mit weißen Männern ausgehen.

Der schlimmste Fall von Rassismus gegenüber äthiopischen Frauen ereignete sich in der Generation meiner Mutter. Jahrelang zwang der Staat Israel äthiopische Frauen dazu kontrazeptive Spritzen zu bekommen. Diese gesundheitsschädlichen Spritzen sind eigentlich für die Behandlung von geistig behinderten Frauen gedacht, die nicht in der Lage sind selbst zu verhüten. Als ich das erste Mal davon erfahren habe, war ich schockiert – ich fühlte mich, als ob meine Welt zerstört würde. Ich verstand nicht, wie so etwas passieren konnte und rief meine Mutter an. Sie erzählte mir dann, dass sie selbst diese Spritzen bekommen hatte. Es ist ein Wahnsinn, wenn man bedenkt, dass eine ganze Generation dadurch vernichtet wurde. Plötzlich fällt einem auf, dass eine ganze Altersgruppe in den Kitas fehlte. Die Außenkontrolle über die Gebärmutter im Allgemeinen ist schrecklich, aber in diesem speziellen Fall der Frau die Entscheidung zu nehmen, ob sie ein Kind haben will, ist für mich unvorstellbar. Außerdem war ich von der verächtlichen Haltung der medizinischen Institutionen erschüttert: Äthiopische Frauen können nicht für sich selbst entscheiden, wir müssen es für sie tun.

Wie bist du zur Aktivistin geworden?

Mit der Zeit wurde mir klar, dass es viele Parallelen zwischen all den Unterdrückungsformen gibt, die wir erleben – ich als Äthiopierin, eine Andere weil sie eine Palästinenserin ist und wiederum ein anderer, weil er schwul ist. Der Fokus meiner

Aktivitäten ist, zu versuchen die Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen hierzulande zu fördern. Man muss begreifen, dass, wenn Äthiopier*innen eine Demonstration gegen Polizeibrutalität organisieren, ist dies nicht nur eine äthiopische Angelegenheit, sondern auch Ultra-orthodoxe, Palästinenser*innen und Russen sind davon direkt oder indirekt betroffen. Die Vereinigung der unterschiedlichen Kämpfe ist das offensichtlich Schwerste, was wir derzeit zu tun haben. Aber sobald ein gemeinsames Interesse entsteht, erwächst daraus es eine viel größere Kraft. Leider sind wir alle auf unsere eigenen Kämpfe fokussiert. Deshalb ist es für mich als Äthiopierin wichtig, auch gegen die Besatzung und den anti-arabischen Rassismus vorzugehen. Diese Haltung einzunehmen, ist die entscheidende Aussage und ich bin der Meinung, dass der Konflikt und die Besatzung mich auch angehen. Sie korrumpieren auch mich, meine Freunde und meine Gemeinschaft. Diese Perspektive, den roten Faden zu sehen, der uns alle verbindet, habe ich in den letzten Jahren versucht zu entwickeln.

Wie fühlst du dich in dieser Zeit, in der Israel das 70ste Jahr seines Bestehens feiert?

Ich bin mit dem Gefühl aufgewachsen, dass dieser Ort nicht wirklich mein Zuhause ist, dass er mir nicht gehört, obwohl ich gar keinen anderen Ort habe. Ich wurde immer wie eine Äthiopierin behandelt und nicht als Israeli. Ich bin von nationalen Feierlichkeiten generell nicht begeistert. Ich betrachte sie eher als Werkzeuge, die dem Staat letztendlich dazu dienen, so zu existieren, wie er heute existiert. Auf der anderen Seite lebe ich hier und ich kann verstehen, warum sich die Leute freuen und feiern wollen. Dennoch denke ich, dass diese Feierlichkeiten dazu instrumentalisiert werden, den Nationalismus zu fördern, eine gewisse Blindheit zu erzeugen und um immer mehr Wähler*innen für Netanjahu zu rekrutieren.

Was möchtest du in zehn Jahren sehen?

In meiner Fantasie stelle ich mir vor, dass Alle zu diesem Land dazugehören, die hier leben. Egal ob sie jüdisch, muslimisch oder sonst was sind. Der ganze israelisch-palästinensische Konflikt beeinflusst jedes Detail unseres Lebens sehr stark und dadurch auch unser Denken und Handeln. Also wünsche ich uns, dass in zehn Jahren Frieden herrschen wird, auch wenn es sehr schwer ist, sich das vorzustellen. Ich will, dass alle hier ihre Menschenrechte genießen können, auch die Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten und diejenigen, die in Israel leben. Außerdem wünsche ich mir, dass unsere Regierung uns ernsthaft repräsentiert, in all unserer Vielfalt und dass junge Menschen die Führung übernehmen und aktiv werden. Nur so können wir hier etwas verändern.



„Das Streben nach Gleichberechtigung verbindet uns jenseits der partikulären Identität miteinander“

Im heruntergekommenen Süd-Tel Aviv stellt sich Shula Keshet an die Seite der Schwächsten und leistet Widerstand gegen zunehmende Gentrifizierung und Ausländerfeindlichkeit. Ihre Vision besteht darin, im verarmten Süden gemeinsam mit Alteingesessenen und Geflüchteten eine bessere Zukunft aufzubauen.

Wann hast du die Diskriminierung gegen Mizrachim in Israel zum ersten Mal wahrgenommen?

Schon in der Grundschule bemerkte ich eine Sonderbehandlung der Mizrachi-Mädchen. Damals pflegte man zu sagen, dass es faule und fleißige Schülerinnen gibt und sie wurden dementsprechend irgendwann in zwei Klassen aufgeteilt und natürlich waren alle „faulen“ Schülerinnen Mizrachim – selbst ich, die eigentlich als fleißig galt, wurde in die Klasse mit den „faulen“ Mädchen gesetzt. Man darf nicht vergessen, dass fast alle Lehrerinnen damals Aschkenasim waren. Erst viele Jahre später bei einem Klassentreffen meldeten sich mehrere dieser „faulen“ Schülerinnen zu Wort und berichteten über diese Verletzungen, an denen sie all die Jahre zu tragen hatten. Eine erzählte sogar wie die Schulberaterin ihr empfahl, lieber

als Schneiderin zu arbeiten, als die Oberschule zu besuchen. Diese herabwürdigende Stigmatisierung von Mädchen aus Süd-Tel Aviv, die als Mizrachim wahrgenommen wurden, war echt schrecklich.

Süd-Tel Aviv gilt immer noch als der Hinterhof der Stadt.

Der signifikanteste Moment in diesem Zusammenhang war die Eröffnung des neuen Busbahnhofs im Jahr 1993 – dieses Größenwahnsinnige Projekt ist eines der schlimmsten stadttökologischen Eingriffe in der Geschichte Israels. Da sich sogar die Stadtverwaltung als nicht verantwortlich für das Wohlergehen der Anwohner*innen im Umfeld des neuen Busbahnhofs erklärte, haben wir damals ein Aktionskomitee gegründet. Wir haben argumentiert, dass es unmöglich wäre, den größten zentralen Busbahnhof der Welt in unserem Viertel bauen

zu wollen, ohne Rücksicht auf die Anwohner*innen zu nehmen. Durch diese Kampagne habe ich erkannt, inwieweit wir vom politischen System ignoriert werden, sowohl von der Regierung, als auch von der Stadtverwaltung. Für den angeblichen Fortschritt mussten ausgerechnet wir die Opfer sein, diejenigen die schon vorher die Opfer von Diskriminierung waren. Man kann ähnliche Prozesse in der Mizrachi-Peripherie, in den äthiopischen Wohngegenden oder den arabischen Wohnorten beobachten. In fast allen Bereichen – ob beim Wohnungsbau, in der Wirtschaft, der Bildung oder der Kultur – haben wir es mit einer hegemonialen Minderheit zu tun, die im Wesentlichen aus Aschkenasim besteht, die sich die größten Stücke aus dem Kuchen der Ressourcen herauschneidet, während ausgegrenzte „Communities of Color“, ob jüdisch

oder nicht-jüdisch, sich mit den Krümeln begnügen müssen.

Wie kamst du dazu, feministisch zu denken?

Das feministische Modell bekam ich von meiner Großmutter und meiner Mutter übermittelt. Bereits in den 50er Jahren gründete meine Oma zusammen mit Freundinnen aus der iranischen Gemeinde aus Maschhad ein bemerkenswertes Projekt für ältere Frauen – eine Art Altersheim und Frauenzentrum in Süd-Tel Aviv. Ich wurde bereits zu Hause von Frauen inspiriert, die für ihre Gemeinschaft und für die Gesellschaft im Allgemeinen bedeutende Änderungen in die Wege leiten. Später sah ich auch auf dem aktivistischen Gebiet, wie wir von den Mizrachi-Männern marginalisiert und zum Schweigen gebracht wurden. Deshalb haben wir die Bewegung „Achoti“ (Meine Schwester) für Frauen in Israel gegründet. Das war ein enormer Schritt in der Mizrachi-Bewegung. Wenn wir auf deren Geschichte zurückblicken, waren Frauen an allen wichtigen Kämpfen und Momenten beteiligt und dennoch wurden sie immer wieder in den Hintergrund gedrängt.

Was ist Mizrachi-Feminismus in deinen Augen?

Die Situation der ärmsten Frauen auf die Tagesordnung der Frauenbewegung zu setzen – der Frauen, die am Boden liegen und ums Überleben ringen, die nicht einmal über die gläserne Decke über ihren Köpfen phantasieren können. Wir verbinden unseren feministischen Kampf mit der Identitätspolitik der Hautfarbe, der Nationalität und der Ethnizität. Zudem fördern wir den feministischen Kampf in den Mizrachi-Bewegungen. Damit stellen wir unsere Vision eines multinationalen und multiethnischen Feminismus der gesamten Öffentlichkeit vor. Deshalb arbeiten wir auch mit Palästinenser*innen, Äthiopier*innen, Russischsprachigen und Asylsuchenden zusammen. Der Mizrachi-Feminismus ist jedoch eine Weltanschauung, die nicht biologisch determiniert und daher findet man auch Aschkenasi-Frauen oder sogar

Männer, die eng mit uns zusammenarbeiten, weil sie sich mit unserem Kampf identifizieren und verstehen, dass uns das feministische Streben nach Gleichberechtigung jenseits der partikulären Identität miteinander verbindet.

Während der Sozialproteste im Jahr 2011 übernahmst du eine führende Rolle beim Organisieren der Proteste, obwohl du sie auch scharf kritisiert hast.

In der Tat. Als die junge Studentin Daphni Leaf ein Zeltlager am Rothschild Boulevard initiierte, um gegen die hohen Mieten in der Weißen Stadt zu protestieren (Anm. d. Übers.: Damit sind das Zentrum und der Norden von Tel Aviv gemeint.), bekam sie eine Umarmung von den lokalen Behörden und den Medien und es wurde, fälschlicherweise, so präsentiert, als sei dieses Zeltlager der erste ernsthafte Sozialprotest in der Geschichte Israels. Das ließ ich nicht unwidersprochen. Gemeinsam mit anderen Aktivistinnen organisierten wir ein Protestlager im Süden der Stadt, im Levinsky Park, einem der schwierigsten Orte im Land, eine Art Niemandsland. Dort wollten wir unsere Stimme erheben, die Stimme eines jahrzehntelangen Kampfes für den öffentlichen Wohnungsbau und gegen die Vertreibung und Verdrängung von Mizrachi-Familien. Aber als wir unsere Zelte in den Park brachten, wurden wir nicht wie in Rothschild Boulevard willkommen geheißen, sondern von den Ordnungsbeamten jede Nacht mit brutaler Gewalt geräumt. Wir gaben nicht auf und kurz danach folgten uns Tausende, deren Stimme bei den Protesten am Rothschild-Boulevard nicht repräsentiert wurde. Unser Zeltlager wurde ein Zuhause für Mizrachim, Beduinen, Asylsuchende, Opfer von Frauenhandel und Obdachlose – es war nicht immer einfach, aber es war wunderbar! Kurz danach folgten Dutzende weitere Zeltlager an der sozialen Peripherie und sogar in den palästinensischen Wohnorten.

Auch in der aktuellen Bewegung gegen die Abschiebung von afrikanischen Geflüchteten, die vor

allem im Süden der Stadt leben, stehst du an vorderster Front.

Als jemand, die im Süd-Tel Aviv geboren wurde, betrachte ich die Ghettoisierung unserer Wohngegend und den Versuch alle Arbeitsmigrant*innen und Asylsuchenden bei uns unterzubringen, als ein Grundelement der städtischen und staatlichen Politik. Für die aschkenasische Linke, die den Geflüchteten Hilfe leistet, ist es ganz natürlich, dass diese Menschen ausschließlich in unserer Gegend wohnen und in ihren Augen sind die alteingesessenen Anwohner*innen von Süd-Tel Aviv, die vor allem Mizrachim sind, völlig unsichtbar. Aber wir kritisieren diese Einstellung. Unsere Aktivitäten richten sich gegen diese Politik des „Teile und Herrsche“, egal ob es von den Linken oder von den Rechten kommt. Als Aktivist*innen für Menschen- und Frauenrechte bestehen wir darauf, alle Betroffenen wahrzunehmen. Im Laufe der Zeit und als Reaktion auf die Unterstützung der Geflüchteten in unserer Gegend durch die weiße Linke, kamen die Rechten und warfen den Linken vor, die Not der alten Anwohner*innen zu ignorieren. Die Rechten behaupteten unsere Not ernst zu nehmen und haben diese Not instrumentalisiert, um zu sagen, dass die Abschiebung der Geflüchteten eine stabilisierende Sanierung der Nachbarschaft fördern würde. Selbst Netanjahu erklärte, er deportiere die Eindringlinge im Namen der Anwohner von Süd-Tel Aviv. Das können ich und viele andere Anwohner*innen des Südens nicht akzeptieren!

Was habt ihr dagegen unternommen?

Als die Abschiebungspläne bekannt gegeben wurden, haben wir sofort eine Kampagne auf den Weg gebracht – „Süd-Tel Aviv gegen die Deportation“ mit riesigen Demonstrationen und Aktionen im ganzen Land. Unsere Botschaft war aber weitaus komplexer. Zuerst stellten wir uns gegen die Abschiebung und forderten eine legale Migrationspolitik, die die Bearbeitung von Asylanträgen ermöglicht und ein landesweites Aufnahmeprogramm, auch in wohlhabenderen Wohnorten, bereitstellt.

Es ist ungerecht, unsere Wohngegend zu solchen gedrängten Ghettos und zum Zentrum von Drogen- und Frauenhandel zu machen und die alleinige Schuld den afrikanischen Geflüchteten zu geben, die verfolgt und verhaftet werden. Wir wollen die Lüge entlarven, die hinter diesem ganzen Prozess steckt. Die Sanierung unserer Nachbarschaften entsteht nicht durch die Deportation, weil etwas Gutes nie durch ein Unrecht entsteht. Wir thematisieren zudem die Vertreibung von Mizrahi-Familien durch Gentrifizierung – diese sogenannte Stadterneuerung, die uns verdrängt. Die Grundstücke werden an die Superreichen zum Bau von Luxustürmen verkauft und die Mizrahi-Familien, die dort seit Jahrzehnten leben, werden als Eindringlinge bezeichnet und rausgeworfen. So haben wir die unterschiedlichen Kämpfe miteinander verbunden und zeigen, wie die Verfilzung von Politik und Kapital die schwarze Stadt zur weißen Stadt machen will – natürlich für den Immobilienmarkt. Unsere Kampagne zeigt tatsächlich Wirkung – die Formulierung, die behauptet, „wenn du für Süd-Tel Aviv bist, dann musst du auch für die Abschiebung sein und wenn du dagegen bist, bist du auch gegen Süd-Tel Aviv“, wurde von uns zerschlagen. Wir stellen eine weitere Option dar – eine demokratische Gesellschaft, die Menschen als Menschen sieht.

Wie siehst du die großen Feierlichkeiten zu 70 Jahre Israel?

Ich frage mich, wo da die Selbstreflexion bleibt: bezüglich dessen, was wir in den letzten sieben Jahren wirklich erreicht haben und zu der weiten Kluft zwischen einer superreichen und hegemonialen Minderheit und der Mehrheit, den vielen armen Schichten, denen es an gesellschaftlicher, geographischer oder akademischer Mobilität mangelt. Ich schlage vor, die Zeit jetzt zur Selbstbetrachtung zu nutzen, anstatt so viel Geld darauf zu verschwenden, unsere Erfolge zu feiern. Lieber sollten wir nachdenken, was wir noch zu erreichen haben, was verändert werden muss – der traditionelle Begriff „Tikkun Olam“ (Anm. d. Übers.:

ein Begriff aus der frühen Periode des rabbinischen Judentums, der in direkter Übersetzung „Reparatur der Welt“ bedeutet und mit „Weltverbesserung“ gleichgesetzt werden könnte.) ist mir sehr wichtig.

Was machst du am Unabhängigkeitstag?

Ich respektiere zwar die Menschen, die es tun, aber ich selbst gehe nicht an den Strand, um die Düsenflieger oder das Feuerwerk zu bestaunen. Ich bin ohnehin kein Party-Mensch. Und trotzdem: der Staat Israel und meine Nachbarschaft Neve Sha'an anan sind mein Zuhause und ich kann mir keinen anderen Ort vorstellen, an dem ich gerne leben möchte – sogar nicht in Maschhad in Iran, woher meine Familie stammt. Das wäre sowieso unmöglich.

Was wünschst du dem Staat Israel zu seinem Geburtstag?

Ich möchte den Tag erleben, an dem wir alle gemeinsam feiern können, wenn wir alle in Gleichheit leben, ungeachtet von Religion, Rasse oder Geschlecht. So wie sich Israel bereits darstellt, ohne dies in jedoch in die Praxis umzusetzen.

Samah Salaime

Aktivistin für die Rechte palästinensischer Frauen



„Ich will diesem Staat nicht als Make-up dienen“

Als palästinensische Sozialarbeiterin kämpft Samah Salaime an vielen Fronten, indem sie patriarchale und rassistische Strukturen herausfordert und eine Kampagne gegen eine Mordwelle an arabischen Frauen anführte. Der Kampf für Gleichberechtigung kann in ihren Augen nur radikal geführt werden.

Wo wurdest du geboren?

Meine Antwort auf diese Frage ist: wo ich geboren werden sollte. Ich hätte in einem Dorf namens al-Shajara geboren werden sollen, das 1948 zerstört wurde. Meine Familie ist heute in Flüchtlingslagern auf der ganzen Welt verstreut. Vor dem jetzigen Bürgerkrieg lebten sie hauptsächlich in Syrien und heute sind sie in Deutschland, Holland und Schweden. Mein Großvater floh in die entgegengesetzte Richtung und so befanden wir uns seitdem in Tur'an, zehn Minuten von unserem ehemaligen Heimatdorf entfernt.

Hattest du als Palästinenserin, die im Staat Israel aufgewachsen ist, den Konflikt bereits in deiner Kindheit zu spüren?

Sehr früh hatte ich das Gefühl, das wir in unserem Wohnort nicht wirklich dazugehören. Auch als wir die israelische Fahne am

Unabhängigkeitstag schwenken sollten, wurde klar, dass die Eltern und Großeltern damit ein Problem hatten. Es gab diese gewisse Lüge, die über uns hing. Schon damals habe ich Fragen gestellt. Aber erst im Gymnasium konnte ich alle Puzzlestücke zusammensetzen: wir waren eigentlich Flüchtlinge und unser Land wurde uns weggenommen. Erst als ich an der Universität Sozialarbeit studierte und ein Paper über meine Familie schrieb, wurde mir klar, dass diese Vertreibung keine Naturkatastrophe war, sondern dass sie geplant war.

Warum hast du dich für Sozialarbeit entschieden?

Eigentlich wollte ich Jura studieren, ich stellte mir vor, wie ich in der schwarzen Robe vor Gericht schreien und Gerechtigkeit fordern würde. Aber weil ein mir völlig fremder Mann meinen Eltern sagte, ich

solle als Frau lieber kein Jura studieren und mein Zulassungsformular änderte, kam ich zur Sozialarbeit. Die Intervention dieses Mannes, der dachte, er wisse besser was gut für mich wäre, ließ mich den Entschluss fassen, es einem Mann nie wieder zu erlauben, Entscheidungen für mich zu treffen.

Wie bist du nach Neve Shalom/Wahat al-Salam gekommen?

Ich habe Sozialarbeit in Jerusalem studiert, wo ich auch meinen Partner traf und unser erstes Kind zur Welt brachte. Als wir nach einer normalen Schule suchten, mussten wir feststellen, dass es nur eine einzige internationale Schule gab und die jüdischen Schulen unser Kind nicht aufnahmen. Mein Partner arbeitete als Moderator von Jugendgruppen und wusste von dieser arabisch-jüdischen Gemeinde mit einer bi-nationalen Schule, wo wir unseren Sohn

vielleicht würden anmelden können. Als ich diese Schule dann zum ersten Mal besuchte, war ich erstaunt von diesen lieben Kindern, bei denen man die jüdischen von den arabischen nicht unterscheiden konnte. Es war ein großes Glück, genau im September 2000, fünf Tage vor dem Ausbruch der Zweiten Intifada, zogen wir dorthin und konnten in einer Gemeinde leben, die von der mit der Intifada einhergehenden Gewalt verschont blieb. Wahat al-Salam ist eine Gemeinde mit vielen Herausforderungen. Ein Ort, der von Israelis und Palästinenser*innen geteilt wird, die sich freiwillig entschieden haben zusammen zu leben. Zusammen streben sie nach Gleichheit und Demokratie ohne eine nationale Gruppe zu bevorzugen. Darüber hinaus hat sich diese Gemeinde auf die Fahne geschrieben, für den Frieden durch Bildung, gewaltlosen Widerstand und offenen Dialog zu arbeiten. Wir leben dort seit 18 Jahren und haben unsere drei Söhne dort aufgezogen. Wie sich herausstellt ist es viel schwieriger, drei Söhne und ihren Vater zu Feministen zu erziehen, als Frieden zu schaffen, aber ich habe noch große Hoffnungen.

Du engagierst dich heute vor allem in den arabischen Communities in den gemischten Städten Lod und Ramle.

Nachdem wir nach Wahat al-Salam umgezogen waren, begann ich das Gemeindezentrum in Lod zu führen. Plötzlich verstand ich, dass die Situation der arabischen Frauen in gemischten Städten im Zentrum von Israel viel schlimmer ist, als die der Frauen in Ost-Jerusalem unter militärischer Repression. Das Ausmaß der Gewalt und Kriminalität in Lod ist zehnmals größer als im nationalen Durchschnitt. Wenn es keine guten Schulangebote und keine soziale Infrastruktur gibt, ist es auch kein Wunder, dass dieser Ort zum Zentrum von Drogen- und Waffenhandel wird. Und die ganze Situation, die Gewalt gegen Frauen betreffend, hängt sehr stark mit der politischen Situation in der Stadt zusammen. Als ich dafür plädierte, dass das Gemeindezentrum die Lage der Frauen thematisieren sollte, behauptete die

arabische Führung in der Stadt, dass ich damit die Harmonie innerhalb der arabischen Familien verletze. Dadurch war ich letztendlich vom Gemeindezentrum ausgeschlossen.

Und: wo bist du dann hingegangen?

Ich habe in Ramle ein Zentrum für arabische Mädchen gegründet. Die meisten unserer Aktivitäten konzentrierten sich darauf, zu verhindern, dass arabische Mädchen das Bildungssystem verlassen – ein wichtiger Faktor, um minderjährige Eheschließung zu verhindern und neue Horizonte für Frauen zu öffnen. Zu der Zeit als unser Projekt lief, wurden in Ramle und Lod vierunddreißig Frauen ermordet und ich konnte es nicht mehr ertragen. Wie kann es sein, dass es in einer Stadt mit 40 Prozent arabischen Einwohner*innen keine arabischen Sozialarbeiter*innen gibt? Mein Gefühl war, dass die Polizei ihre Arbeit nicht macht, dass die sozialen Einrichtungen und Schulen ihre Arbeit nicht machen und dass sie fahrlässig handeln.

Und was war deine Reaktion darauf?

Im Jahr 2007, nachdem ein Mädchen, das ich sehr gut kannte, brutal ermordet wurde, habe ich beschlossen, dass ich innerhalb der hiesigen Gesellschaft und nicht im Norden oder in Haifa kämpfen möchte. Ich wollte im Sinne des Feminismus nicht nur akademisch, sondern auch praktisch, mit allen Frauen und Menschen aus allen Bereichen vor Ort zusammenarbeiten. Deshalb gründeten wir die Organisation „Naam“, was auf Arabisch „Ja“ bedeutet, bei der die Arabischen Frauen im Zentrum stehen. Mit der Organisation „Naam“ stehen wir für unsere Grundrechte ein – und damit meine ich nicht nur das Recht auf Selbstbestimmung, sondern darüber hinaus soziale Rechte auf Bildung, Arbeit und Zugang zur Gesundheitsversorgung. Ich möchte genauso wie eine jüdische Frau behandelt werden. Wir sind es müde, wie Bürgerinnen zweiter Klasse behandelt zu werden. Wir wollen die gleichen Dienstleistungen genießen und

nicht erleben, dass der Bürgermeister sagt, wie es in der Vergangenheit der Fall war: „Wenn die Araber ihre Frauen ermorden wollen, sollten sie es gefälligst in ihrer Nachbarschaft tun, aber nicht in der Nachbarschaft, in der ich lebe“.

Bekommst du auch von jüdischen Feministinnen Unterstützung?

Die Stadt Lod befindet sich geografisch im Zentrum des Landes, aber im öffentlichen Bewusstsein liegt sie irgendwo in Wüstennähe. Oft habe ich von feministischen Aktivistinnen gehört, dass sie gar nicht wussten, dass so viele arabische Frauen ermordet werden oder dass 80 Prozent der arabischen Frauenmörder nicht vor Gericht gestellt werden. Selbst die Polizei behauptet dies nicht zu wissen. Also beschloss ich, auf Hebräisch zu veröffentlichen, damit sie nicht mehr sagen können, sie hätten nichts davon gewusst. Die radikalen Feministinnen aus Tel Aviv möchten außerdem, dass ich mich am Slutwalk beteilige. (Anm. d. Übers.: In Israel nennt sich der Slutwalk „Sharmuta-Marsch“ – das Wort bedeutet ursprünglich auf Arabisch „Hure“, wird im Hebräischen eher lässig verwendet.). Wie und wo soll ich anfangen ihnen zu erklären, dass ich als Palästinenserin bei so etwas nicht mitmachen kann? Oder warum meine Kämpfe so anders sind als die ihren? Und dennoch will ich natürlich die gleichen Rechte, die eben diese Frauen in Tel Aviv erkämpfen.

Und was denkst du über die Feierlichkeiten zu siebzig Jahren Israel?

Ich denke, dass dieser Staat politisches und finanzielles Kapital auf meinem Rücken und auf dem Rücken meines Volkes gebildet hat. Sogar wenn mir Auszeichnungen für meine feministischen Aktivitäten durch staatliche Institutionen angeboten werden, nehme ich sie nicht an. Falls ich an einem demokratischen Ort gelebt hätte, hätte ich mich natürlich dafür bedankt, aber ich möchte von diesem Staat keine Anerkennung, egal wofür. Ich kann nicht neben dieser Flagge

stehen, die mich so missachtet. Unser gesamtes Leben lang sind wir als Palästinenser*innen in Israel dieser Auseinandersetzung ausgesetzt: In welchem Verhältnis stehen wir zu diesem Staat. Ich will diesem Staat nicht als Make-up dienen.

Was wünschst du dir in zehn Jahren in diesem Land?

Ich möchte einen Staat sehen, der sich sozialistischen und

demokratischen Werten verpflichtet fühlt. Ich möchte hier Bürger*innen sehen, die zusammenleben und ihre Privilegien aufgeben. Ich will hier niemanden sehen, der glaubt, mehr verdient zu haben, einzig weil er oder sie eine jüdische Mutter hat oder als Palästinenser*in geboren wurde. Dieser Ort soll allen gehören in Gleichheit, Offenheit und Sicherheit. Dafür muss unser Kampf stärker und lauter sein, der feministische

und politische Kampf muss radikal sein, um die Mitte der Gesellschaft zu verändern. Auch der Kampf für den Frieden muss radikaler geführt werden, um etwas zu bewegen. Ich möchte ja einen Ort haben, an dem auch meine Söhne leben wollen.

Glossar

Arabisch-palästinensische Minderheit in Israel

Die nach dem Krieg von 1948 auf dem Territorium des neu gegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser*innen (ca. 150.000 Menschen, einschließlich der «anwesenden Abwesenden») erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark eingeschränkt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,8 Millionen Menschen angehören und die damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Aschkenasim – (weiblich: Aschkenasijot)

oder aschkenasische Juden und Jüdinnen, im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende Juden und Jüdinnen.

Intifada (Zweite)

Die Zweite Intifada, auch Al-Aqsa-Intifada genannt, wurde im September 2000 durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif und durch die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen ausgelöst. Anders als bei der Ersten Intifada wurde der Aufstand zunehmend von den palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von Selbstmordattentäter*innen und Waffen

geführt, auch innerhalb Israels. Israel setzte im Gegenzug Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser*innen und 1.000 Israelis. Die Zweite Intifada wurde 2005 offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon beendet.

Mizrachim

(Plural des hebräischen Worts mizrachi, das „Oriental“ oder „orientalisch“ bedeutet; weiblich: Mizrachit, Plural: Mizrachijot) Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrachim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden jüdischen Israelis verwendet, die Aschkenasim genannt werden.

Ost-Jerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: West-Jerusalem wurde Teil von Israel und Ost-Jerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrschten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und die umliegenden Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner*innen erhielten «permanente Aufenthaltsgenehmigungen». Mit Ausnahme des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Siedlungsbau zunächst auf einen äußeren

Gürtel, der Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank trennt. Seitdem dieser fast geschlossen ist, wird nun intensiver im Innern, einschließlich der palästinensischen Viertel, gebaut. 1980 verabschiedete die Knesset das Jerusalem-Gesetz, wonach Jerusalem «auf ewig die vereinte und unteilbare Hauptstadt Israels» ist. Die UN-Sicherheitsratsresolution 478 erklärte das Gesetz nach internationalem Recht für nichtig. Die Oslo-Abkommen verschärfen die Notlage der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalems: Neben dem Druck durch den israelischen Siedlungsbau und den fehlenden Baugenehmigungen für Palästinenser*innen, den extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der sehr mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung wurde infolge der Abkommen eine starke Beschränkung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Ost-Jerusalem und den übrigen Teilen der Westbank institutionalisiert. Die Oslo-Abkommen regeln den Status Ost-Jerusalems nicht. Von palästinensischer Seite wird gefordert, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt des zu errichtenden palästinensischen Staates wird.

Krieg von 1948

müsste richtiger der Krieg von 1947 bis 1949 heißen; offizielle israelische Bezeichnung meist: Unabhängigkeitskrieg oder Befreiungskrieg; von Palästinenser*innen als Nakba (arabisch für: Katastrophe) bezeichnet. Der Krieg begann nach dem UNO-Teilungsplan 1947 zwischen jüdischen und palästinensischen Milizen. Nach der Gründung des israelischen Staates (Mai 1948) beteiligten sich auch reguläre Militäreinheiten aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und Irak. Die 1949 festgelegten Waffenstillstandslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Im Zusammenhang mit den 1967 besetzten Gebieten werden diese Grenzen als Grüne Linie bezeichnet.